Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags nur Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertelj. M. 30.— für Abholer monatl. M. 9.30, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 3.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 40 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Konpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Konpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Konpareillezeile M. 1.05, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro M.St. Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 17 000 bis 17004. — Postscheckkonto 2511. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 409 — **Mittwoch, den 24. August** — **1921**

Rußlands Rückkehr zum kapitalistischen System

Zulassung privaten Hausbesitzes — Recht zur Kapitalbildung — Freigabe der Industrietätigkeit

Fortschreitende Entsozialisierung

(Eigener Drahtbericht.)

Kopenhagen, 24. August.

Wie Politiken erfährt, hat der Rat der Volkskommissare in Moskau in einem Dekret den früheren russischen Hausbesitzern gestattet, ihre Grundstücke wieder in Besitz zu nehmen. Die Behörde glaubt, durch diesen Schritt die noch nicht ganz verfallenen Häuser vor dem vollständigen Ruin zu bewahren. Eine Besichtigung durch die Petersburger Behörden hat gezeigt, daß unter 600 Häusern 133 dem Einsturz nahe sind. Ein anderer Erlaß verpflichtet die Mieter der Gemeindehäuser, auf eigene Kosten Reparaturen vorzunehmen und für Brennmaterial für die Zentrale zu sorgen. Als Entgelt für diese Unkosten wird den Mietern drei Jahre lang das Eigentumsrecht auf die Häuser zugestanden. Ferner wird in einem Erlaß der Kauf und Verkauf von Grundstücken freigegeben.

*

Die Sowjetregierung schreitet auf dem Wege zum kapitalistischen System fort. Nachdem durch ein Dekret vom 6. Juli der Besitz unbeschränkter Mengen Geldmittel und bis zu einem gewissen Grade auch die Freiheit des Bankgeschäftes zugelassen, nachdem ferner durch ein Dekret auch die industrielle Tätigkeit in größtem Umfange freigegeben worden war, gestattet ein neues Dekret auch den privaten Hausbesitz. Ein Dekret vom 5. August hat übrigens auch die Zahlung für alle Dienstleistungen und Lieferungen der Sowjetregierung eingeführt; auf den Eisenbahnen muß also jetzt wieder Fahrgeld entrichtet werden.

Nach Helsingforser Meldungen ist der private Handel in Petersburg und Moskau bereits in vollem Gange. Täglich werden neue Ladengeschäfte eröffnet. Zahlreiche Cafés sind bereits wieder in Betrieb. Auch der Verkauf von Wein ist freigegeben worden. Ferner erwartet man die baldige Wiedereröffnung der Bankhäuser. Erfreulicherweise vollzieht sich die Rückbildung zum kapitalistischen Betriebe unter Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung. Ob die zurzeit in Jena tagenden Kommunisten aus diesen Tatsachen ihre Folgerungen ziehen werden?

Die englischen Konzessionen

Paris, 24. August.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Reval hat England von den Sowjets Konzessionen in Höhe von über 100 Millionen Pfund Sterling erhalten. Darin sind 1000 Kilometer Eisenbahnen und ein gewaltiges Gebiet mit Gold-, Silber-, Platin- und Zinkgruben eingeschlossen.

Das Hilfswerk für Rußland

Eltern ertränken und verkaufen ihre Kinder

Washington, 24. August.

In der Absicht, die Pläne für das russische Hilfswerk mit möglichster Beschleunigung fertigzustellen, hat Hoover, wie die Chicago Tribune meldet, seine Vertreter in den Häfen des Schwarzen Meeres angewiesen, sich sofort über die Dockverhältnisse, die Lagerungsmöglichkeiten und die Bahnverbindungen zu unterrichten. Er bestimmte den früheren Oberkommissar der Verwaltung in Tiflis Oberst W. R. Hasceil zum Chef des ersten Hilfswerkes im südlichen Kaukasus. Der Lebensmitteltransport über Hamburg und Danzig nach Moskau und Petersburg soll voraussichtlich noch in dieser Woche beginnen.

Reval, 24. August.

Das Komitee zur Bekämpfung der Hungersnot gründete unter Beteiligung bester musikalischer und szenischer Kräfte eine Kommission, die Konzerte und Theateraufführungen zum Besten der Hungernden veranstalten wird. Für den gleichen Zweck wird eine Tournee durch Europa und Amerika geplant.

Im Gebiete von Samara ertränkten Eltern ihre Kinder, um sie vor dem Verhungern zu bewahren. Der Verkauf von Kindern an Perser ist häufig. Unter den deutschen Kolonisten ist die Not besonders groß. Heute geht ein erster Zug von 28 Waggons Mehl und Medikamenten als bedingungsloses Geschenk der estnischen Regierung an das hungernde russische Volk.

*

Nach einer Meldung des Petit Parisien befindet sich Ador in Paris, um sich mit dem Ministerpräsidenten Briand über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Hungersnot in Rußland zu besprechen.

Parteitag der V. K. P. D.

(Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.)

Jena, 24. August.

Die Generaldebatte des Kommunistischen Parteitages wurde heute früh zunächst mit einigen wenigen Rednern der zweiten und dritten Garnitur fortgesetzt, dann aber wurde beschlossen, die Diskussion abzubrechen, und zwar tat man das mit der Begründung, daß doch nicht konkret genug zu den Hauptfragen gesprochen würde.

Fritz Heckert-Berlin erhielt also das Schlußwort, in dem er die Ergebnisse der Debatte dahin zusammenfaßte, die Kritik an Trotzkis Referat sei verfehlt gewesen. Wenn behauptet werde, daß Trotzki von einer Erholung des Kapitalismus gesprochen habe, so sei das eine Verkennung der Tatsachen. Trotzki habe nur davon geschrochen, daß, wenn in einem Lande der Kapitalismus stürze, es möglich sei, daß er sich in einem anderen Lande vorübergehend befestige. Und weiter habe Trotzki gesagt: wenn auch der amerikanische Kapitalismus sich wieder befestige, so gehe doch der Zerfall der europäischen Wirtschaft viel rasender vor sich, als daß es dem amerikanischen Kapital gelingen könne, sich auf dem Weltmarkt neu zu konsolidieren. Der Weltkapitalismus müsse durch den Verlust Europas in eine Krise kommen. England werde in einen Krieg gegen Amerika gestoßen. Die andere Hauptfrage der Debatte sei die Kritik des Weltkongresses an der Märzaktion gewesen. Da müsse eingestanden werden, daß man nicht die richtige Beziehung zu den Massen gefunden habe, und die Masse deshalb kein Verständnis für den Kampf gehabt habe. Der Kampf an sich sei nicht falsch gewesen, der Geist der Massen sei nur nicht genügend vorbereitet gewesen und obendrein sei der dem Proletariat aufgezwungene Defensivkampf fälschlich in eine Offensive umgedichtet worden. Man hätte nicht so leicht auf die Provokation der Gegner hereinfallen dürfen.

Der zweite Referent Meyer-Berlin führte in seinem Schlußwort aus, der zweite Weltkongreß habe nicht die Auffassung vertreten, daß der Sieg des Proletariats unmittelbar bevorstehe. Ein Teil der Kommunisten habe sich zwar darauf eingestellt, aber der dritte Kongreß habe es klar ausgesprochen, daß man sich auf eine längere Dauer des Kampfes einstellen müsse.

Die Redaktionskommission hatte inzwischen eine Resolution vorgelegt, die sie aus den drei vorliegenden herausgearbeitet hat. Die Abstimmung wurde ausgesetzt, bis die schriftliche Fixierung der neuen Resolution vorliege.

Darauf gab die Berlin-Brandenburger Delegation eine Erklärung ab, die besagte: Die Anschuldigungen, die von seiten des Exekutivkomitees gegen die Berlin-Brandenburger Organisation erhoben worden sind, entbehren jeder Grundlage. In der Sitzung mit dem Vertreter der Exekutive, Kolarow, hat dieser eine ungenügende Erklärung abgegeben. Deshalb werden wir einen ausführlichen Bericht nach Moskau senden, und wir sind überzeugt, daß die Exekutive ihre Meinung korrigieren wird. Der von der Exekutive geführte Schlag gegen die Berlin-Brandenburgische Organisation gilt nicht nur dieser, sondern auch jenen Bezirken, die mit uns den gleichen Standpunkt teilen. Wir werden trotz des Hiebes von der Exekutive nach wie vor unsere Pflicht erfüllen.

Dann erstattete Pieck-Berlin den Geschäftsbericht, zu dem 25 Anträge aus den Bezirken gestellt sind. Die Zentrale ersucht, ihr einen Teil zur Berücksichtigung zu überweisen.

Büttner.

Weitere Entlassungen aus Avignon

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, 24. August.

Nach einer Pariser Mitteilung an den Delegierten für Rückwanderung sollen in nächster Zeit, wie die Frankfurter Zeitung meldet, weitere 30 der zurückgehaltenen Kriegsgefangenen aus Avignon in die Heimat geschafft werden. Außer den 33 Heimkehrern, deren Begnadigung kürzlich gemeldet wurde, und die gestern in Ludwigshafen der deutschen Behörde übergeben wurden, sind 15 Heimkehrer aus langjähriger Gefangenschaft in Sibirien im Lager Lechfeld eingetroffen.

Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen

Washington, 24. August.

Reuter meldet: Die erste amtliche Bestätigung der Berliner Meldungen, wonach Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Vertrag schweben, kam heute aus dem Staatsdepartement. Es wurde zugegeben, daß die Verhandlungen auf Ersuchen der Vereinigten Staaten geheim geführt werden. Es wurde hinzugefügt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht der Ansicht sei, daß solche Verhandlungen öffentlich in vorteilhafter Weise geführt werden könnten. Es werde angekündigt, daß eine endgültige Verlautbarung Ende der Woche erwartet werden könne.

Paris, 24. August.

Das Petit Journal berichtet aus London, daß nach einer Meldung aus Washington die deutsch-amerikanischen Verhandlungen auf einen Vertrag hinzielen, auf Grund dessen die beiden Länder ihre Vorkriegsbeziehungen wieder aufnehmen. Der Vertrag, dessen Einzelheiten noch nicht bekanntgegeben worden sind, soll bereits in einigen Tagen unterzeichnet werden.

Aufstand in der britisch-indischen Provinz Madras

Einer Reutermeldung zufolge haben die Aufständischen in der Provinz Madras die Telephon- und Bahnlinien auf der Südindischen Bahn unterbrochen. Es kam zu Zusammenstößen mit Militär und Polizei. Zwei Offiziere und zwei Polizisten werden vermißt. Mehrfach wurden Postämter geplündert. Ein Sonderzug mit Truppen und Polizei ist von Calicut nach dem Schauplatz der Unruhen abgegangen.

Die Liquidation der Entente

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

II.

Die wirtschaftliche Bilanz.

Noch nie wohl in der Geschichte der Völker, auch nicht zur Zeit der Römer und Karthager, welches Analogon man zum Vergleich heranzuziehen beliebt, waren politische und wirtschaftliche Fragen so eng miteinander verzahnt als heute. So gewiß es ist, daß das ganze ungeheure Geschehen des Weltkrieges letzten Endes in ökonomischen Zwiespälten wurzelte, daß dessen ausschlaggebende Waffen nicht in Kanonen und Mannschaften bestanden, so sicher ist auch, daß auf die Dauer die Folgen des Konfliktes sich nicht so sehr auf politischem, sondern auf wirtschaftlichem Gebiete fühlbar machen. Und es ist nicht ohne tiefe Berechtigung, wenn man der Meinung Ausdruck verleiht, daß dieser Krieg eigentlich am Ende des vorigen Jahrhunderts hätte stehen sollen, als Abschluß einer Periode der Technik, der Naturwissenschaften und des materialistischen Sozialismus.

Zieht man unter diesem Gesichtswinkel die Bilanz der Entente cordiale, so wie sie der Krieg gegen Deutschland schmiedete und der Friede mit dem besiegten Deutschland ebenso logisch und notwendig löste, so fällt vor allem das ungeheure Uebergewicht auf, das Frankreich in der europäischen Kohlen- und Stahlproduktion besitzt. Seit Beginn unseres industriellen Zeitalters ist es das erste Mal, daß solche Schätze in der Hand einer einzigen Großmacht vereinigt sind. Nimmt man nun noch hinzu, daß dieses Land zufällig eines von den wenigen ist, das in den tierischen und pflanzlichen Produkten sich selbst befriedigen kann, so bekommt dieses Uebergewicht eine geradezu bedrohliche Bedeutung.

Man kann nicht sagen, daß England diese ihm drohende Gefahr verkannt habe: schon in Versailles, als rohe Gewalt noch alle Köpfe beherrschte, widersetzte es sich mit feinem Instinkt sowohl der sofortigen Besetzung des Ruhrgebietes als auch der bedingungslosen Zuteilung Oberschlesiens an Polen. Die ganze Nachkriegsperiode ist von den beiden alles überragenden Fragen charakterisiert: der französische Wunsch und das englische Veto schufen in ihrem Widerstreit all die Wirren, unter denen Europa seit zwei Jahren seufzt. Ein Ende ist auch heute noch nicht abzusehen; daß der Völkerbund reinliche Arbeit leisten will, daß er sie überhaupt leisten kann, wird von jedem Einsichtigen aus guten Gründen bezweifelt. Jedenfalls kann eine Lösung nie mit den beiden Ländern, sondern in jedem Falle gegen das eine oder das andere erfolgen: die elementare Logik lehrt, daß konträre Gegensätze unauflöslich sind.

Eines der größten und folgenschwersten Ereignisse in der Geschichte des englischen Wirtschaftslebens überhaupt ist die Anti-Dumpingbill, die kürzlich nach ihrer Erledigung im Unterhaus zu den Lords wanderte. Jeder Leser weiß, was der Ausdruck „Dumping" besagen will: ein im Grunde unehrliches geschäftliches Verfahren, das darin besteht, daß ein Land bestimmte Waren auf den ausländischen Märkten billiger als auf den einheimischen verkauft, mit dem offenbaren Zweck, selbst unter Hintenansetzung des eigenen Gewinnes die betreffende Konkurrenz im fremden Land unmöglich zu machen, die dortige Industrie also zu vernichten. Daß jedes Land sich gegen ein solches Verfahren nach Möglichkeit schützen will, ist begreiflich.

Erwägungen dieser Art standen an der Wiege des englischen Gesetzes Pate; dieses selbst aber erlebte in der Folgezeit ein Entwicklung, die es weit von den ursprünglichen Bahnen entfernte. Es entstand ein imposantes Gebäude, ein ganzes System von Zollgesetzen, das nichts weniger als der Anfang einer englischen Schutzzollperiode bedeutet, und worin die ursprüngliche Anti-Dumpingidee nur mehr eine bescheidene Stelle einnimmt.

Und die genaue Stellungnahme der französischen Handels- und Industriewelt gegenüber dieser radikalen Aenderung der englischen Wirtschaftspolitik zu erfahren, wandte ich mich an Herrn Aime vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten, und befragte ihn in zwangloser Unterhaltung über die Wirkungen der Anti-Dumpingbill, soweit sie Frankreich betreffen. Zugleich nahm ich die Gelegenheit wahr, über das betreffende Gesetz selbst näheres zu erfahren.

Um die Entwicklung einiger für die nationale Sicherheit als unerläßlich betrachteter Industrien zu gewährleisten, werden auf einer Reihe von Waren ein Drittel des Werkes Zoll erhoben. Von Antidumping kann hier keine Rede sein; es ist reinster Protektionismus, sogar mit seiner klassischen, gerade in England so oft und ausgiebig verspotteten Begründung. Es kann jedoch gesagt werden, daß es sich um eine relativ geringe Anzahl von Warengattungen handelt: Farbstoffe und andere chemische Erzeugnisse, wissenschaftliche Instrumente, optische Artikel. Dieser Teil des Gesetzes scheint eher gegen Deutschland, als gegen Frankreich gerichtet zu sein.

An zweiter Stelle kommt der eigentliche Anti-Dumpinggedanke zum Durchbruch. Alle Waren, mit Ausnahme der Lebensmittel, deren Preis in England unter dem Herstellungspreis sich befindet — als solcher wird nach Abzug der Steuern 95 Proz. des Großverkaufspreises berechnet —, müssen in England 33⅓